

„Lasst uns miteinander reden“

INTERVIEW Franz-Bernd Köster: Wenn Nachweis erfolgt auch „Ja“ zum Verzicht auf Tiefenabbau

WARSTEIN/RÜTHEN Die Lörmecke Wasserwerke haben in Person von Geschäftsführer Alfred Striedelmeyer und Aufsichtsratsvorsitzender Bernhard Schladör Alarm geschlagen, weil die Steinindustrie gegen die von der Bezirksregierung genehmigte Verlängerung der Trinkwasser-Fördergenehmigung aus der Lörmecke-Quelle zwischen Suttrop und Kallenhardt Klage eingereicht haben. Bemängelt wird von den Unternehmen unter Federführung der Westkalk die mangelnde Beteiligung und die nicht erfolgte Berücksichtigung der Rechte der Betriebsbe der Steinindustrie.

Genehmigung erteilt für 30 Jahre bis 2045

Anlass ist auch die 30-jährige Laufzeit der Anfang Januar erteilten Genehmigung. Die bestehende Genehmigung wäre eigentlich erst 2025 ausgelaufen, aber wegen der anstehenden Millionen-Investitionen wolle Lörmecke Planungssicherheit, so argumentiert Geschäftsführer Striedelmeyer. Anzeiger-Redakteur Reinhold Großelohmann sprach mit Westkalk-Geschäftsführer Franz-Bernd Köster über die Konfrontation zwischen Steinindustrie und Trinkwasserförderung insbesondere mit Blick auf die Frage, ob ein Kompromiss möglich sein wird.

Sehr geehrter Herr Köster, was konkret möchten Sie und die anderen Unternehmen der Steinindustrie erreichen mit den Klagen gegen die Genehmigung zur Trinkwasserförderung?

Für uns geht es um die Wahrung unserer Rechtsposition. Eine Klage ist für uns immer nur eine ultima ratio. Wir haben immer wieder gesagt: Lasst uns miteinander reden. Wenn dieser Weg aber ausgeschlagen wird, gibt's nur die Klage. Allerdings: Die Klage richtet sich nicht gegen Lörmecke, sondern gegen das Land NRW in Vertretung der Bezirksregierung.

Haben Sie Einwände gegen die Errichtung der Aufbereitungsanlage an der Straße zwischen Kallenhardt und Suttrop, für die derzeit das Baugenehmigungsverfahren beim Kreis läuft? Damit soll schließlich die Qualität des Trinkwassers mit Blick auf die zunehmenden Eintrübungen gesichert werden.

Das Bergwerksfeld gehört der Firma Risse. Wir wollen am Verfahren beteiligt werden. Dann können wir die Auswirkungen auf unser Bergwerkseigentum prüfen. Danach wissen wir erst, ob wir überhaupt Einwendungen erheben. Wer nur auf Konfrontationskurs fährt, der muss auch mit Gegenwind und Verzögerung rechnen. Das Gleiche hat Herr Striedelmeyer mit unserem Genehmigungsantrag vor etwa drei Jahren gemacht.

„Eintrübungen aus maroder Quelfassung“

Wir wollen Lösungen erarbeiten. Was die Eintrübungen angeht: Diese stammen nachweislich nicht von der Steinindustrie, sondern aus der maroden Quelfassung. Das weiß Herr Striedelmeyer genau. Deshalb hat die Bezirks-



Franz-Bernd Köster: „Wir wollen am Verfahren beteiligt werden.“

regierung die Auflage zum Neubau der Wasseraufbereitung gestellt.

Besteht nicht die Gefahr, dass die ohnehin angespannte Stimmung in der Politik und auch in der Bevölkerung sich nun noch intensiver gegen den Steinabbau wendet?

Eine solche Gefahr besteht natürlich, weil wir immer das Problem haben, mit unserer reinen Sachargumentation gegen eine emotionale Argumentation anzugehen. Aber es ist die einzige Chance, unsere Rechte zu wahren. Dafür gibt's im Rechtsstaat diese Möglichkeit. Schön ist das nicht und Spaß haben wir auch nicht daran. Im Gegenteil.

Könnte für Sie ein Kompromiss so aussehen, dass Sie für die Zukunft auf einen Abbau in der Tiefe unterhalb der Grundwasserlinie verzichten?

Das ist schwierig. Wir werden

versuchen es so hinzubekommen, dass Steinabbau neben der Trinkwassergewinnung möglich ist. In einem Fall werde ich jedoch „Ja“ zum Verzicht sagen: Wenn wir bei intensiver Prüfung feststellen, dass der Abbau in die Tiefe technisch oder juristisch nicht geht, dann werden wir darauf verzichten. Das haben wir immer gesagt.

„Hätte Lagerstätte viel lieber in der Sahara“

Aber die Lagerstätte ist nun einmal nur hier. Ich hätte sie viel lieber in der Sahara. Dann hätten wir nicht die Nähe zur Bevölkerung dabei. Das ist für uns wirklich das Allerschwierigste.

Glauben Sie, dass ein Steinabbau in der Tiefe und eine sichere Trinkwasserförderung aus den heimischen Quellen dauerhaft parallel möglich sind?

Ja, das glauben wir, und das ist unser Ziel. Wenn es nicht geht, werden wir es nicht machen.

Wie müsste das technisch aussehen?

Da gibt's ein paar Beispiele, aber diese sind nie 1:1 auf unsere Situation übertragbar. Da müssen sich die Fachleute hinsetzen und das erarbeiten. Vom Grundsatz her wird es so sein, dass das Wasser abgepumpt werden muss.

Modell „Sicherung der Wasserversorgung“

Wir haben immer angeboten, für etwa zehn Jahre ein Monitoring zu machen. Beide Seiten erarbeiten ein techni-

sches Modell mit der Überschrift „Sicherung der Trinkwasserversorgung“. Immer mit einem Zusatz: Wenn nach 10 Jahren herauskommt, dass es geht, mit der Zusicherung von allen, es zu machen. Wenn nicht, lassen wir die Finger davon.

Könnten Sie sich vorstellen, dass die Steinindustrie eine Sicherungseinrichtung schafft, mit der Schäden - etwa bei Ausfall einer Quelle - finanziell ausgeglichen werden?

Man muss immer sehen: Wir bekommen keine Genehmigung, wenn nicht sichergestellt ist, dass Schäden vermieden werden. Auf dieser Basis schließen wir Haftpflichtversicherungen ab. Billig ist das natürlich nicht. Aber die Basis von allem ist eine Genehmigung, die wir zunächst benötigen.

Sind Sie der Auffassung, dass die Stadtwerke Warstein derzeit im genehmigungsfreien Raum Trinkwasser fördern und verkaufen?

Das ist ein heißes Thema, dazu müssen sie einen Verwaltungsjuristen fragen, welche Wirkung eine Anfechtungsklage hat.

Wie sehr belastet die aktuelle Situation Ihr Unternehmen und Ihre Mitarbeiter?

Das belastet - ja. Wir haben uns angewöhnt, mit Angriffen in Leserbriefen ruhig umzugehen und nicht über zu reagieren. Das kann man lernen. Wir sprechen da sehr offen möglichst zeitnah drüber. Wenn jemand sachorientiert mit uns reden möchte: Da sind alle Türen offen.